

# Wien Steirer

KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH

## Bürger fragen ! statt Drüberfahren ●



FPÖ sichert Volksbefragung in Liezen

Österreichisches Bundesheer investiert in die Steiermark

Jetzt auch in der AK – FPÖ wählen!

**FPÖ**   
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI



„Es ist nicht hinzunehmen, dass in so einer essentiellen Frage wie der Spitalsversorgung im Bezirk Liezen über die Bevölkerung hinweg entschieden wird. Nun sind die Bürger am Wort und die Landesregierung wäre gut beraten, die Entscheidung der Menschen ernst zu nehmen!“  
FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann zu der von FPÖ und KPÖ initiierten Volksbefragung zur Krankenhauspolitik im Bezirk Liezen

# Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser!

Ich hoffe, Sie sind alle gut in das Jahr 2019 gestartet. Aus politischer Sicht werden die kommenden Monate zweifelsohne gleichermaßen spannend wie ereignisreich. Von 28. März bis 10. April findet bereits die steirische Arbeiterkammerwahl statt. Bei diesem Urnengang wird es möglich sein, der roten Allmacht in der Arbeiterkammer eine Absage zu erteilen und auch in dieser wichtigen Interessensvertretung gemeinsam mit den Freiheitlichen Arbeitnehmern einen politischen Umbruch zu ermöglichen.

Die im Mai folgende Europawahl ist eine Richtungsentscheidung für die gesamte EU. Das weitgehende Versagen des Außengrenzschatzes im Rahmen der Asylkrise und fortwährende Bestrebungen weitere nationalstaatliche Kompetenzen nach Brüssel zu verlagern zeigen, wie dringend notwendig eine patriotische Trendwende auf europäischer Ebene ist.

Im Bereich der Landespolitik steht mittlerweile wohl außer Zweifel, wer das politische Tempo vorgibt. Nachdem SPÖ und ÖVP in altbewährter Manier über die Menschen im Bezirk Liezen „drüberfahren“ wollten, haben die Freiheitlichen eine Volksbefragung zur Zukunft der medizinischen Versorgung sichergestellt. Die FPÖ beweist damit einmal mehr, dass sie das Ohr näher beim Bürger hat als Rot und Schwarz, die mit ihrer unüberlegten Schließungswut bewährte Strukturen zerstören wollen. Die Steirer können sich auch im Jahr 2019 darauf verlassen, dass die „soziale Heimatpartei“ immer auf ihrer Seite steht.

**Ihr Mario Kunasek**  
FPÖ-Landesparteioobmann  
Bundesminister für Landesverteidigung



**Soll es im Bezirk Liezen anstelle der bestehenden drei Krankenhausstandorte in Bad Aussee, Rottenmann und Schladming nur mehr ein zentrales „Leitspital“ geben?**

## Bürger fragen ! statt Drüberfahren ●

Im Zuge der Umsetzung des von ÖVP-Landesrat Christopher Drexler viel gepriesenen „Regionalen Strukturplans Gesundheit Steiermark 2025“ sollen im Bezirk Liezen die drei bisherigen Spitalstandorte in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming geschlossen und durch ein „Leitspital“ ersetzt werden. Nicht wenige Menschen befürchten durch dieses Vorhaben eine Verschlechterung der Versorgungssituation und eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raums. Bedauerlicherweise ist die massive Kritik an der schwarz-roten Zentralisierungspolitik bisher auf taube Ohren gestoßen. Dies könnte sich nun dank der FPÖ ändern, die mit Unterstützung der KPÖ die Durchführung einer Volksbefragung zum geplanten „Leitspital Liezen“ eingeleitet hat.

### Bürger sind nun am Wort

So werden die Menschen des Bezirks am 7. April 2019 aufgerufen sein, folgende Frage mit „JA“ oder „NEIN“ zu beantworten: „**Soll es im Bezirk Liezen anstelle der bestehenden drei Krankenhausstandorte in Bad Aussee, Rottenmann und Schladming nur mehr ein zentrales ‚Leitspital‘ geben?**“ Unabhängig davon, wie man der von der Landesregierung geplanten Neugestaltung der Spitalslandschaft im Bezirk Liezen gegenübersteht, ist angesichts der strukturellen und finanziellen Dimensionen des Projekts „Leitspital Liezen“ eine erhöhte demokratiepolitische Legitimation jedenfalls unerlässlich. Schließlich

**„Eine erhöhte demokratiepolitische Legitimation ist unerlässlich!“**

## Inhalt

	Seite
Interview mit Finanzstaatssekretär MMag. DDR. Hubert Fuchs	4-5
2019 wird das „Jahr der Pflege“	6-7
Jetzt auch in der AK – FPÖ wählen!	8-9
Steirische Gemeinden in Finanznöten	10
Intransparente Sozialhilfeverbände – Rechnungshof ist am Zug	11
Freiheitliche fordern Anwesenheitspflicht für Asylwerber während der Nachtstunden!	12-13
Bundesheer investiert in die Steiermark	14
Großeinsatz des Bundesheeres im heurigen „Jahrhundertwinter“!	15
Freiheitliche fordern Neuauflage des steirischen Brauchtumskalenders	17
Zum Thema: Verkehr • Umwelt • Bürgernähe	18-19

### Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Erscheinungsort & Redaktionssitz: Graz, Steiermark • Medieninhaber, Eigentümer & Verleger: FPÖ Steiermark in 8010 Unternehmensgegenstand: Herausgabe von periodisch erscheinenden Druckwerken, insbesondere des Magazins „Wir Steirer“ Grundlegende Richtung: „Wir Steirer“ dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der FPÖ Steiermark. „Wir Steirer“ erscheint 7x im Jahr – in einer Auflage von ca. 423.000 Stück. „Wir Steirer“ wird in Österreich gedruckt.

**IMPRESSUM** Herausgeber: FPÖ Steiermark, Hans-Sachs-Gasse 10/4, 8010 Graz, Tel.: 03167072258, E-Mail: wirsteirer@fpoe-stmk.at  
Redaktionsleitung: Mag. Stefan Hermann, MBL, wirsteirer@fpoe-stmk.at



**FLOP:** ÖVP-Landesrat Christopher Drexler will auch bei einem klaren Votum gegen das „Leitspital Liezen“ an seinem Projekt festhalten.



**TOP:** Der EU-Abgeordnete Georg Mayer steht für eine patriotische Politik auf europäischer Ebene und ist Spitzenkandidat der FPÖ Steiermark für die EU-Wahl.



Bad Aussee



Rottenmann



Schladming

**Volksbefragung  
7. April 2019**

würde die Errichtung eines Zentralkrankenhauses eine massive Verlagerung von Patientenströmen, Arbeitsplätzen und Verkehrswegen für viele Menschen im Bezirk Liezen zur Folge haben.

**FPÖ spricht sich für „NEIN“ zu Zentralisierungswut aus**

Aus freiheitlicher Sicht sprechen jedenfalls zahlreiche Gründe gegen ein Zentralkrankenhaus, angefangen bei den enormen Kosten des Projekts, die von Landesrat Drexler mit rund 250 Millionen Euro beziffert werden. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass das Spital in Bad Aussee erst 2013 neu eröffnet wurde und das Krankenhaus in Schladming erst im Jahr 2031 abbezahlt sein wird. Des Weiteren droht eine Verschlechterung der Versorgungsstrukturen, zumal Gesundheits- und Facharztzentren niemals ein adäquater Ersatz für ein Krankenhaus sein können. Zudem müssen sich viele Bürger wohl auf längere Anfahrtswege und zahlreiche Gemeinden auf den Verlust von regionalen Arbeitsplätzen gefasst machen.

**„Gesundheits- und Facharztzentren können niemals ein adäquater Ersatz für ein Krankenhaus sein!“**

**Landesrat Drexler kündigt bereits Ignorieren des Volksentscheids an**

Obwohl eine breite Bürgerbeteiligung eigentlich nur im Interesse der Landesregierung sein kann, sprach sich Landesrat Drexler unmittelbar nach Bekanntwerden der geplanten Volksbefragung bereits dafür aus, auch bei einem klaren Votum gegen die Zentralklinik an seinem Projekt festhalten zu wollen. Es bleibt zu hoffen, dass nicht alle schwarz-roten Regierungsmitglieder ein derartiges Demokratieverständnis an den Tag legen, wie der Grazer Landesrat.



**Interview mit LAbg. Albert Royer**  
(Bezirksparteiobmann der FPÖ Liezen)



**Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter! Wie stehen Sie zum geplanten Zentralkrankenhaus im Bezirk Liezen?**

**Royer:** Wir Freiheitliche lehnen die Zentralisierungspläne der selbsternannten schwarz-roten Zukunftspartnerschaft ab. Die Schließung von drei bestehenden und gut funktionierenden Krankenhäusern hätte eine infrastrukturelle Ausdünnung unseres Bezirks und eine schlechter werdende Versorgungsstruktur zur Folge. Dank der FPÖ hat die Bevölkerung nun die Möglichkeit, dem Zentralisierungswahn des zuständigen Gesundheitslandesrats Christopher Drexler eine Abfuhr zu erteilen.

**Wir Steirer: Besteht die Befürchtung, dass Landesrat Christopher Drexler auch bei einem eindeutigen „NEIN“ der Bürger die Zentralklinik durchpeitschen könnte?**

**Royer:** Ein Agieren gegen die berechtigten Interessen der Bevölkerung wird Landesrat Drexler politisch nicht durchstehen. Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer haben die landespolitische Verantwortung, den Ausgang der Abstimmung jedenfalls anzuerkennen und entsprechend umzusetzen. Sollten die beiden Regierungsspitzen beabsichtigen, über das Befragungsergebnis in Manier einer Dampfwalze drüberzufahren, haben sie sich als Volksvertreter selbst disqualifiziert.

**Wir Steirer: Welche Reformmaßnahmen würde die FPÖ im Bereich der Krankenhausstruktur im Bezirk Liezen setzen?**

**Royer:** Wie bereits erwähnt müssen aus unserer Sicht alle drei Spitäler erhalten bleiben. Klarerweise sollen in den einzelnen Krankenhäusern entsprechende Spezialisierungen forciert werden. Uns Freiheitlichen ist natürlich klar, dass nicht jeder Standort das gesamte Leistungsspektrum abdecken kann, aber gewisse Grundleistungen müssen für alle Bürger schnell zur Verfügung stehen.

**Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!**



# Interview mit Finanzstaatssek



**Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Wie erlebten Sie das erste Jahr der Amtsübernahme?**

**Fuchs:** Es war ein spannendes Jahr, in dem wir bereits viele positive Maßnahmen für die Bevölkerung umsetzen und etliche Wahlversprechen einlösen konnten. Wir sind der Reformmotor in Österreich.

**Wir Steirer: Welche konkreten Herausforderungen bringt das Amt des Staatssekretärs im Bundesministerium für Finanzen mit sich?**

**Fuchs:** Eine der wichtigsten Herausforderungen ist die Senkung der Steuer- und Abgabenquote in Richtung 40 Prozent bis zum Jahr 2022. Hier sind wir seit Antritt der Regierung

bereits auf einem guten Weg. Weniger Steuern bedeuten weniger staatliche Einschränkung und mehr Freiheit für die Bürger. Den Menschen

**Weniger Steuern bedeuten weniger staatliche Einschränkung und mehr Freiheit für die Bürger.**

soll mehr zum Leben bleiben! Ebenso werden wir die Staatsschuldenquote massiv senken: 2017 lag diese noch bei 78 Prozent des BIP, bis Ende 2022 sinkt die Schuldenquote auf unter 62 Prozent.

Damit beenden wir endlich die sozialistische Schuldenpolitik und geben auch unseren Kindern und Enkelkindern eine Perspektive für die Zukunft.

**Wir Steirer: Die Entlastung unserer Familien ist eine jahrelange freiheitliche Forderung. Wie beurteilen Sie die Einführung des Familienbonus Plus?**

**Fuchs:** Unsere Familien leisten mit der Kindererziehung einen enormen Beitrag für unsere Gesellschaft und sind mit hohen Ausgaben konfrontiert. Aufgabe der Politik ist es daher, die Familien weiter zu entlasten. Wir haben mit dem Familienbonus Plus eine unbürokratische

**Ab 2019 steht mit 1,5 Mrd. Euro jährlich der Familienbonus für die größte familienpolitische Entlastung in der Geschichte der Zweiten Republik.**

Möglichkeit geschaffen, um Familien neben den bisherigen Leistungen zusätzlich zu unterstützen. Ab 2019 steht mit 1,5 Milliarden Euro jährlich der Familienbonus für die größte familienpolitische Entlastung in der Geschichte der Zweiten Republik: Rund 950.000 Familien mit etwa 1,6 Millionen Kindern profitieren von einer Steuerersparnis von bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr!

**Wir Steirer: Wo liegt Ihre Zielsetzung als Finanzstaatssekretär?**

# retär MMag. DDr. Hubert Fuchs



**Fuchs:** Mir ist es besonders wichtig, dass wir eine ehrliche Steuerentlastung aller Bürger umsetzen. Nicht eine, die mit der rechten Hand gibt und mit der linken Hand nimmt und den Menschen das Geld wieder aus der Tasche zieht, so wie das zuletzt unter einem sozialistischen Bundeskanzler bei der Steuerreform 2015/2016 der Fall war. Wir machen keine fantasievollen Gegenfinanzierungen, mit uns gibt es keine neuen Steuern und wir machen keine neuen Schulden.

**Wir Steirer: Welche konkreten Maßnahmen haben Sie neben der Einführung des Familienbonus Plus seit Ihrer Amtsübernahme schon umgesetzt?**

**Fuchs:** Wir haben die Entlastung der Österreicher bereits im Vorjahr erfolgreich gestartet: Die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge entlastet vor allem die Geringverdiener um

durchschnittlich 311 Euro pro Jahr, insgesamt sprechen wir hier somit von 140 Millionen Euro mehr für die kleinen Einkommensbezieher. Der Tourismus wird durch die Senkung der Mehrwertsteuer auf Übernachtungen von 13 auf 10 Prozent mit jährlich 120 Millionen Euro entlastet. Darüber hinaus sorgt das Jahressteuergesetz für mehr Klarheit und Vereinfachungen im Steuerrecht, da die Zahl der jährlichen Steuerrechtsnovellen reduziert wird.

**Wir Steirer: Was kann sich die Bevölkerung von der bei der Regierungsklausur präsentierten Netto-Offensive erwarten?**

**Fuchs:** Mit der Netto-Offensive der Bundesregierung setzen wir eine umfassende Steuer- und Abgabensenkung um, die über viele Jahre wir-

ken wird. Durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge um 700 Millionen Euro zahlen bereits ab dem kommenden Jahr insbesondere die kleinen Einkommensbezieher (Arbeitnehmer und Pensionisten) weniger Abgaben. Bis zum Jahr 2022 wird die Steuerentlastung zusätzlich zum Familienbonus 4,5 Milliarden Euro betragen, ohne dass wir im Gegenzug Leistungen kürzen oder die Bevölkerung belasten.

**Wir Steirer: Als ehemaliger Steuerberater sind Sie ein Mann der Praxis. Sie leiten auch die Task-Force Steuerentlastungsreform. Wo sehen Sie noch weiteren Handlungs- und Optimierungsbedarf?**

**Fuchs:** Wir wollen das gesamte Einkommensteuerrecht durch eine Neukodifikation des Einkommensteuergesetzes (EStG) massiv vereinfachen. Dieses neue EStG 2020 soll am 1. Jänner 2021 in Kraft treten. Es wird damit auch zu einer Senkung der Tarifstufen bei der Einkommensteuer und dadurch zu einer weiteren massiven Entlastung der Bevölkerung kommen. Durch diesen Schritt wird auch die kalte Progression wieder auf Null gestellt. Unmittelbar danach im Jahr 2022 werden wir wie versprochen die kalte Progression abschaffen und damit die Bürger dauerhaft entlasten. Zusätzlich werden wir auch Maßnahmen zur Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes und zur Sicherung von Arbeitsplätzen umsetzen.

**Im Jahr 2022 werden wir wie versprochen die kalte Progression abschaffen und damit die Bürger dauerhaft entlasten.**

**Wir Steirer: Abschließend erlauben Sie uns noch die Frage, wie sich allgemein die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner in der neuen Regierung gestaltet?**

**Fuchs:** Die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner ÖVP gestaltet sich sehr amikal und konstruktiv. Man spürt den gemeinsamen Willen zur positiven Veränderung des Landes nach den unerträglichen Jahren des rot-schwarzen Stillstands.

**Wir Steirer: Wir danken für das Gespräch und wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg!**

# 2019 wird das „Jahr der



**Z**uerst die gute Nachricht: Die Menschen in Österreich leben immer länger! Ein Nebeneffekt dieser Entwicklung ist allerdings, dass die Zahl pflegebedürftiger Menschen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter rasant zunehmen wird. Die Politik hat in diesem Zusammenhang die Verpflichtung, rechtzeitig die entsprechenden Strukturen zu schaffen, damit unabhängig von Geschlecht, sozialem Status, Vermögen und Wohnort im Bedarfsfall die am besten geeignete Betreuungsform in Anspruch genommen werden kann.

## **Türkis-Blau arbeitet an nachhaltiger Lösung der Pflegefrage**

Im Gegensatz zu den Regierungen in der Vergangenheit möchte die türkis-blaue

Koalition nicht nur über Verbesserungen im Pflegesystem reden, sondern solche auch tatsächlich umsetzen. So hat die Bundesregierung im Dezember des vergangenen

## **Der von FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein vorgelegte „Masterplan“ stellt den Initiator für die längst überfällige Reform des österreichischen Pflegesystems dar.**

Jahres im Ministerrat ihren „Masterplan Pflege“ beschlossen, wobei Bundeskanzler Sebastian Kurz das Jahr 2019 sogar zum „Jahr der Pflege“ erklärt hat. Der von FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein vorgelegte „Masterplan“ stellt dabei den Initiator für die längst überfällige Reform des österreichischen Pflegesystems dar. In dem Strategiepapier der Bundesregierung werden neben einer parlamentarischen Enquete, einem Konsultationsprozess mit den Ländern und Betroffenen sowie einer wissenschaftlichen Betrachtung der künftigen Finanzierungsmöglichkeiten weitere

ganz konkrete Maßnahmen beschrieben. Hier wären beispielsweise die Einführung eines „Freiwilligen Sozialen Jahres“ in der Pflegeversorgung, die Qualitätssicherung der 24-Stunden-Pflege inklusive der in diesem Bereich agierenden Vermittlungsagenturen und effizientere Kontrollmechanismen



# Pflege“



Interview mit  
**LAbg. Helga Kügerl**  
(Pflegesprecherin der FPÖ Steiermark)

„Mir persönlich wäre es ein großes Anliegen, dass die Angehörigen von pflegebedürftigen Menschen mehr Unterstützung erfahren. Die FPÖ hat bereits einen entsprechenden Antrag im Landtag eingebracht.“



**Wir Steirer: Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete Kügerl! Wie beurteilen Sie das Vorhaben der Bundesregierung, das Jahr 2019 der Pflege zu widmen?**

**Kügerl:** Es ist natürlich äußerst positiv, dass es endlich eine Bundesregierung gibt, die das Thema Pflege zur Priorität erhoben hat. Schließlich leben allein in der Steiermark rund 80.000 pflegebedürftige Menschen mit unterschiedlich ausgeprägtem Unterstützungsbedarf. Das von FPÖ-Ministerin Beate Hartinger-Klein im Dezember 2018 vorgelegte Maßnahmenpaket war der Startschuss für einen Prozess, an dessen Ende ein zukunftsfähiges Betreuungssystem stehen wird. Das Ziel muss dabei lauten, dass die Menschen möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben können. Das ist nicht nur für die zu Pflegenden das beste Modell, sondern auch das kostengünstigste.

**Wir Steirer: Was erwarten Sie sich in diesem Zusammenhang von den politischen Verantwortungsträgern in der Steiermark?**

**Kügerl:** Ich erwarte mir insbesondere von Pflegelandesrat Christopher Drexler, dass er die Anstrengungen der Bundesregierung bestmöglich unterstützt. Schließlich wird das Land Steiermark von den Maßnahmen massiv profitieren. Darüber hinaus sollte er dem Landtag über die

konkreten Umsetzungsschritte bzw. die aus den getroffenen Maßnahmen resultierenden landespolitischen Auswirkungen in regelmäßigen Abständen berichten. Dies würde eine erhöhte Transparenz gewährleisten und die Wichtigkeit der Thematik unterstreichen. Die FPÖ hat im Jänner dieses Jahres einen Antrag eingebracht, der genau dieses Vorgehen sicherstellen soll.

**Wir Steirer: Wo sehen Sie als Pflegesprecherin den größten Handlungsbedarf?**

**Kügerl:** Mir persönlich wäre es ein großes Anliegen, dass die Angehörigen von pflegebedürftigen Menschen mehr Unterstützung erfahren. Schließlich treten Pflegefälle nicht selten spontan auf, in deren Folge das Leben aller Beteiligten praktisch von heute auf morgen auf den Kopf gestellt wird. Oft wissen die Angehörigen dann nicht, an wen sie sich in derartigen Situationen bei Fragen wenden sollen. Zweifelsohne gab es hier in den letzten Jahren bereits eine positive Entwicklung in der Steiermark. Aus Erfahrung weiß ich allerdings, dass wir noch nicht dort sind, wo wir hinmüssen. Ich bin allerdings äußerst zuversichtlich, dass unter der Federführung der türkis-blauen Bundesregierung auch in diesem Bereich zahlreiche Verbesserungen bevorstehen.

**Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!**

zu nennen. Zudem soll es in Zukunft eine Pflegehotline geben, an die sich pflegende Angehörige wenden können.

## Steiermark wird von Lösungen enorm profitieren

Das Vorgehen der türkis-blauen Koalition ist für die Grüne Mark äußerst positiv. Schließlich stellt die Pflege ein Hauptaufgabenfeld der Länder und Gemeinden dar, auf das bundespolitische

## Für die steirische Politik gilt es, die Bestrebungen der Bundesregierung mit aller Kraft zu unterstützen.

Entscheidungen einen besonders starken Einfluss haben. Insofern gilt es für die steirische Politik, die Bestrebungen der Bundesregierung mit aller Kraft zu unterstützen und darüber hinaus das Jahr 2019 auch in der Steiermark als „Jahr der Pflege“ zu begehen.

# Sozialistische Allmacht in der Arbeiterkammer überwinden! Jetzt auch in der AK – FPÖ



Das Spitzenteam der  
Freiheitlichen Arbeitnehmer

Im Zeitraum von 28. März bis 10. April finden in der Steiermark die Arbeiterkammerwahlen statt. Dabei haben die steirischen Arbeitnehmer die Möglichkeit, die politischen Entscheidungsgremien ihrer Interessensvertretung zu wählen. Insgesamt setzt sich die Vollversammlung der AK aus 110 Kammerräten zusammen. Derzeit hält die rote Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) die absolute Mehrheit. Die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) wollen dieses rote Bollwerk ins Schwanken bringen.

Der amtierende AK-Präsident Josef Pesserl und seine SPÖ-Parteigenossen haben im Rahmen ihres Wahlkampfauftakts ihre Gegnerschaft zur amtierenden türkis-blauen Bundesregierung bekannt. Eine zweifelsohne mehr als nur fragwürdige Haltung, wenn die Mehrheitsfraktion einer überparteilichen Einrichtung wie der Arbeiterkammer die demokratisch legitimierte Bundesregierung als Gegner bezeichnet.

Damit knüpfen die roten Gewerkschafter jedoch nahtlos bei der Kampfrhetorik ihrer im Krisenzustand befindlichen Mutterpartei SPÖ an. Ohnehin entsteht zunehmend der Eindruck, die roten Kämmerer wollen die AK als Agitationsplattform gegen die

erfolgreich agierende türkis-blaue Koalition missbrauchen. Die Freiheitlichen positionieren sich hier als klare Alternative.

## Interessensvertretung im Sinne der Arbeitnehmer

Programmatisch unterschiedlich ausgerichtete Fraktionen sichern zwar die Meinungsvielfalt und den politischen Dialog innerhalb der Kammer, doch sollten demagogisch motivierte Zielsetzungen keinesfalls um sich greifen. Vielmehr gilt es, im Sinne der Arbeiterkammer und ihrer Mitglieder den konstruktiven Austausch mit allen politischen Verantwortungsträgern zu suchen. Die SPÖ-Fraktion ist von diesem Weg

allerdings abgekommen. Bereits im Rahmen der hochgradig unseriösen Kampagne um die Arbeitszeitflexibilisierung haben die Genossen bewiesen, dass sie sich von sachlich fundierter Kritik längst weit entfernt haben. Es geht den Sozialisten oftmals nur um die schnelle Schlagzeile und die Verbreitung völlig unrealistischer Horrorszenarien. So warnten SP-Vertreter, allen voran AK-Chef Josef Pesserl, beispielsweise vor der Schließung des Unfallkrankenhauses in Kalwang. Völlig unberechtigter Weise wie sich nun herausgestellt hat. Bedauerlicherweise sind die Sozialisten nur mutig, wenn es gegen die Bundesregierung geht. Die Zerschlagung der Krankenhauslandschaft im Bezirk Liezen durch die rot-schwarze Landesregierung kommentierte die rote AK-Spitze hingegen überhaupt nicht.

## Ja zu einem neuen Stil!

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer verfolgen einen anderen Kurs. Konstruktive und berechtigte Verbesserungsvorschläge sollten immer fachlich fundiert artikuliert werden. Unabhängig

# wählen!



gig von Parteiinteressen müssen Arbeitnehmervertreter stets ihre Kollegenschaft in den Mittelpunkt des Tätigkeitsspektrums rücken. Bedauerlicherweise stellt die FSG derzeit parteilich und ideologisch-klassenkämpferische Positionen in den Vordergrund. Eine Zielsetzung der FA ist es deshalb, einen neuen Stil in der politischen Landschaft der steirischen AK zu etablieren.

## 181 freiheitliche Kandidaten als Gegenpol zur roten Mehrheit

Die Freiheitlichen Arbeitnehmer treten unter der Listenbezeichnung „FA-FPÖ“ an. Mit 181 steirischen Kandidaten bieten sie ein breites personelles Angebot. Von der Verkäuferin über den Werksarbeiter bis hin zum Bankangestellten finden sich nahezu alle Berufsgruppen auf dem blauen Wahlvorschlag. Wer rote Allmachtsfantasien ablehnt und vermeiden möchte, dass die Arbeiterkammer zu einer Außenstelle der SPÖ-Zentrale verkommt, der sollte auch in der AK die FPÖ wählen.



## Interview mit Mag. Harald Korschelt (Spitzenkandidat der Freiheitlichen Arbeitnehmer)

**Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Korschelt! Welche politischen Schwerpunkte werden Sie bei der kommenden Arbeiterkammerwahl setzen?**

**Korschelt:** *Uns geht es darum, die Arbeiterkammer weiterzuentwickeln und gemeinsam mit allen politischen Verantwortungsträgern in Österreich das Beste für die heimischen Arbeitnehmer zu erreichen. Die türkis-blaue Bundesregierung hat mit der Senkung der Arbeitslosenversicherung und der Einführung des Familienbonus Plus positive Maßnahmen im Sinne der Bevölkerung gesetzt. Es gibt aber noch vieles für die heimischen Arbeitnehmer zu bewegen. So wäre es beispielsweise höchst an der Zeit, das 13. und 14. Gehalt verfassungsrechtlich zu verankern. Die derzeitige Rechtslage kann dazu führen, dass Mitarbeiter ohne Kollektivvertrag weder Urlaubs- noch Weihnachtsgeld erhalten.*

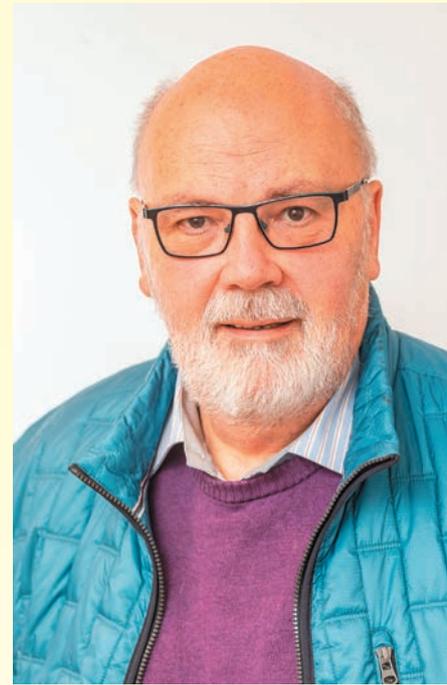
**Wir Steirer: Wie beurteilen Sie die politischen Mitbewerber?**

**Korschelt:** *Aus freiheitlicher Sicht ist die Arbeiterkammer eine überparteiliche Organisation, die sich für die Interessen der steirischen Arbeitnehmer einzusetzen hat. Keinesfalls dürfen diese Einrichtung und die ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen von sozialistischen Spitzenvertretern als oppositionelle Agitationsplattform missbraucht werden. AK-Präsident Pessler und seine roten Funktionärseliten glauben offenbar, die schlechte Oppositionsarbeit ihrer Bundesvorsitzenden Pamela Rendi-Wagner kompensieren zu können, das ist aber nicht die Aufgabe einer Interessensvertretung. Wenn sich das Programm der FSG auf reines Regierungsbashing beschränkt, dann ist das ein Armutszeugnis für die größte Fraktion in der Arbeiterkammer Steiermark.*

**Wir Steirer: Welche Vorhaben möchten Sie in der Arbeiterkammer realisieren?**

**Korschelt:** *Es gilt den Rechtsschutz als Herzstück des Serviceangebots zu erhalten und weiter zu forcieren. Weiters sollten sämtliche Außenstellen möglichst modern gestaltet sein. Hier gilt es weiter in die Infrastruktur der kammereigenen Gebäude zu investieren. Die Werbemaßnahmen der AK sind hingegen teilweise zu hinterfragen, diese Gelder wären beim Arbeitnehmer selbst besser aufgehoben. Ich könnte mir beispielsweise gut vorstellen, dass die Unterstützung für die Berufsreifeprüfung aufgestockt wird.*

**Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!**





# Steirische Gemeinden in Finanznöten

Immer mehr Gemeinden in der Steiermark stoßen an ihre finanziellen Grenzen. Seien es die exorbitanten Kosten für die steirischen Sozialhilfeverbände, wofür die Gemeinden zu einem nicht unwesentlichen Teil aufkommen müssen, die noch immer fortwährenden Auswirkungen der Gemeindestrukturreform oder die teils massiven Infrastrukturkosten.

Die Gemeindeabteilung des Landes Steiermark führt eine interne Rangliste zur Bonität der steirischen Kommunen. Basierend auf den Voranschlägen und den Rechnungsabschlüssen werden alle 287 Gemeinden und Städte laufend auf ihre Zahlungsfähigkeit hin überprüft. Laut der letzten Prüfung des Landesrechnungshofes sind anhand der

Daten von 2018 insgesamt 15 Gemeinden in der Grünen Mark zahlungsunfähig und stehen damit im Visier der Gemeindeaufsicht. In finanzielle Schwierigkeiten geraten die Gebietskörperschaften meist aufgrund von Unklarheiten im Hinblick auf die Gemeindegebarung. Das größte Sorgenkind in den vergangenen Jahren waren allerdings die steirischen Sozialhilfeverbände, die den Gemeinden finanziell besonders im Nacken sitzen.

Die prekäre Situation der Gemeinden kann momentan nur mittels Bedarfszuweisungen des Landes und durch teils enorme Gebührenerhöhungen bewältigt werden. Die FPÖ Steiermark fordert daher die Setzung von Sofortmaßnahmen zur Eindämmung der

explodierenden Kosten. Um die steirischen Kommunen zu entlasten und ihnen mehr finanzielle Spielräume zu ermöglichen, bedarf es unter anderem einer umgehenden Verwaltungsreform auf Ebene der Sozialhilfeverbände sowie verbesserte Kontrollmechanismen auf Landesebene. Nur damit können riskante Geldgeschäfte von Kommunen künftig unterbunden und der Verschleierungspolitik von Rot und Schwarz ein Riegel vorgeschoben werden.

Auffällige Entwicklungen bei Schulden oder Haftungen müssen frühzeitig erkannt und entsprechend bearbeitet werden, um drohende Finanzmiseren abzuwenden. Skandale wie in Hartberg oder Hart bei Graz müssen in Zukunft jedenfalls verhindert werden.



# Intransparente Sozialhilfeverbände – Rechnungshof ist am Zug

## Weiter keine Transparenz bei den Sozialhilfeverbänden

Im Sommer letzten Jahres wurde bekannt, dass ein unter Verschluss gehaltener Prüfbericht der Gemeindeabteilung des Landes Missstände bei den steirischen Sozialhilfeverbänden zu Tage brachte und eine Reform des derzeitigen Systems nahelegte. Seither versuchten die Freiheitlichen mehrfach, einerseits die Offenlegung des Berichts und andererseits eine offene Auseinandersetzung mit möglichen Reformen in einer Expertenkommission zu erreichen.

Doch die schwarz-rote Landesregierung zeigt sich weder dazu bereit, den Bericht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, noch ist mit einer baldigen Aufarbeitung der Empfehlungen des Berichts zu rechnen. Offenbar wollen ÖVP und SPÖ vor den Gemeinderatswahlen im nächsten Jahr jedweden politischen Wirbel um die Verbände vermeiden.

## Freiheitliche fordern Prüfung durch Rechnungshof

Die mangelnde Transparenz und Bereitschaft, das derzeitige System der parteipolitisch aufgeblähten Gremien zu hinterfragen, war für die FPÖ nicht mehr länger hinnehmbar. Mit Unterstützung der steirischen Grünen haben die Freiheitlichen daher gegen

den Willen der beiden Regierungsparteien, den Bundesrechnungshof mit einer Prüfung der steirischen Sozialhilfeverbände beauftragt.

Die Zurückweisung dieses Prüfantrags aus formellen Gründen belegt das völlig intransparente System der Verbände: Es ist nicht möglich, sie mittels schriftlicher Anfragen im Landtag zu überprüfen, der Landesrechnungshof erklärte sich nur für teilzuständig und in den verbandseigenen Prüfungsausschüssen werden den Mandataren Unterlagen vorenthalten. Dass darüber hinaus eine Prüfung dieser Gemeindeverbände durch den Bundesrechnungshof nur von Amts wegen eingeleitet werden kann, setzt dem Ganzen noch die Krone auf.

Erfreulicherweise erklärte letzterer jedoch seine Absicht, eine solche Prüfung der steirischen Sozialhilfeverbände durchzuführen. Nun gilt es zu hoffen, dass diese schnellstmöglich gestartet und dabei das Verbandssystem entsprechend untersucht und hinterfragt wird.

## Kommentar LAbg. Anton Kogler

(Landesgeschäftsführer und Gemeindegredner der FPÖ Steiermark)

*Es ist äußerst bedauerlich, dass sich die schwarz-rote Landesregierung so sehr vor einer öffentlichen Debatte über das derzeitige System der Sozialhilfeverbände scheut. Die steirischen Gemeinden, die immerhin 40 Prozent der Kosten zu tragen haben, leiden unter den in den letzten Jahren stark angestiegenen Sozialhilfeausgaben und den ineffizienten Verwaltungsabläufen. Diese Politik der Intransparenz und des Zuwartens ist daher strikt abzulehnen.*

*Die angespannte finanzielle Situation in den steirischen Gemeinden wird zunehmend prekärer und immer mehr Gemeinden in der Steiermark sind zahlungsunfähig. Die von uns geforderte Prüfung der Sozialhilfeverbände durch den Rechnungshof könnte mit Sicherheit Einsparungspotentiale aufzeigen und für die dringend notwendige Entlastung der Gemeinden sorgen.*

*Es ist nicht tragbar, dass in den Verbänden rund eine Milliarde Euro Steuergeld verwaltet wird, jedoch keine ausreichenden Prüfmechanismen vorhanden sind. Die Freiheitlichen werden nicht lockerlassen und eine nachhaltige Reform des bestehenden Systems einfordern. Die Finanzierbarkeit der wichtigen Bereiche wie die Pflege-, Behinderten- und Jugendhilfe muss weiterhin sichergestellt werden.*



Anton Kogler  
Abgeordneter zum Landtag Steiermark und Landesgeschäftsführer der FPÖ Steiermark

# Freiheitliche fordern Anwesenheitspflicht für Asylwerber während der Nachtstunden!

Schluss mit nächtlichen Zusammenrottungen, Herumlungen, exzessivem Alkoholkonsum und Gewalttaten: Die Sicherheit der Bevölkerung muss an erster Stelle stehen!

Nach zahllosen Vorfällen mit Asylwerbern, unter anderem nach Mordfällen in Innsbruck und Steyr sowie den jüngsten Messermorden an heimischen Mädchen, bei denen afghanische und syrische Asylwerber unter Verdacht stehen, ist es höchst an der Zeit, eine nächtliche Anwesenheitspflicht umzusetzen.

Auch die türkis-blaue Bundesregierung verfolgt ähnliche Pläne und stellte klar, dass es sich um kein „Ausgehverbot“, sondern um eine nächtliche Anwesenheitspflicht handeln werde, die in Asylheimen des Bundes über die Hausordnung implementiert werden soll. Der freiheitliche Innenminister Herbert Kickl arbeitet bereits an einer bundeseinheitlichen Regelung. Diese soll eine Anwesenheitspflicht zwischen 22 und 6 Uhr sowie verstärkte Anwesenheitskontrollen vorsehen.

Was von jungen Staatsbürgern im Rahmen der Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflicht verlangt werden kann, darf Asylanten aus aller Herren Länder wohl ebenfalls zugemutet werden. So unterliegen Rekruten in den ersten Wochen ihrer Ausbildung einer nächtlichen Anwesenheitspflicht in der Kaserne und FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache verwies in diesem Zusammenhang auch auf Kuranstalten. Nächtliche Exzesse, kriminelle Handlungen und schreckliche Morde wie etwa jener an einem 16-jährigen einheimi-



**16-Jährige im Park erwürgt: Mutter fand Kind**

Die blutige Serie an Frauenmorden in Niederösterreich reißt nicht ab: In einem Park in Wiener Neustadt wurde Sonntagvormittag die Leiche der erst 16-jährigen Manuela K. entdeckt – von der Mutter des Opfers! Ihre Tochter war von einer Partynacht nicht nach Hause gekommen. Gegen den Ex-Freund des hübschen Mädchens, einen Syrer (19), gibt es jetzt einen Haftbefehl!

Drei Frauenmorde in Niederösterreich sorgen im neuen Jahr für Erschütterung. In Amstetten soll ein geistiger Türke letzten Jahres seine Ehefrau mit Opfer Manuela K. (16) mit ihrem mutmaßlichen Mörder – damals noch im 7. Lebenshimmel.

Der 42-Jährige hatte sich ebenso mit tödlichen Messerschlägen getötet. Nun sorgt der dritte Mordfall in sechs Tagen für blutige Schlagzeilen: Im Antons-Wodica-Park in Wiener Neustadt wurde Sonntag kurz vor 10 Uhr die mit Ästen zugedeckte Leiche von Manuela K. entdeckt: Von der Mutter, die die Suche nach

schrieben, dass er die 16-Jährige zwischen 3 und 4 Uhr nach Hause bringen würde. Doch das Mädchen wurde erwürgt und wie Müll im Park entsorgt!

Jetzt steht der eiferstichtige, polizeibekannt 19-Jährige im Visier der Ermittler. Manuela hatte kürzlich ihrem Schluss mit ihm wegen

Quelle: Kronen Zeitung, 14.01.2019, S. 12-13.

schen Mädchen in Wiener Neustadt am 13. Jänner 2019 könnten damit möglicherweise verhindert werden.

In der Steiermark ist derzeit in der von der Landesregierung ausgegebenen Hausordnung für steirische Asylquartiere lediglich festgeschrieben, dass bei ungerechtfertigter Abwesenheit von mehr als zwei Nächten eine Meldung an die Landesregierung zu erfolgen hat. Ultraliberale Dokumentationsvorschriften sind natürlich der völlig falsche Weg, wenn man bedenkt, dass Quartierbetreiber für die Unterbringung von Asylwerbern täglich Steuergelder erhalten und sich dann die vermeintlichen Flüchtlinge die Nächte um die Ohren schlagen oder gar kriminellen Aktivitäten nachgehen.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass viele Asylwerber, vor allem in der Nacht, maßgeblich an kriminellen Handlungen beteiligt sind. Auch die aktuelle Kriminalitätsstatistik zeigt den hohen Anteil von

**Ehepaar verprügelte Tochter**

Schreckliches musste ein erst 14 Jahre altes Mädchen im Bezirk Weiz über sich ergehen lassen: Die Eltern waren mit dem Freund der jungen Afghanin nicht einverstanden, weil sie in einer anderen Glaubensgruppe ist. Sie verprügelte das Kind den Freund verließ und blau.

haben: Die 14 Jahre alte Tochter des Ehepaars (55 und 41 Jahre alt) verließ sich in einen jungen Mann. Der war den Eltern

gangenen Wochenende, die Polizei musste einschreiten. Die Eltern mussten festgenommen werden.

Quelle: Kronen Zeitung, 04.12.2018, S. 24-25.



Interview mit  
**LAbg. Mag. Stefan Hermann, MBL**  
(Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs)

**Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Neben der Anwesenheitspflicht für Asylwerber zur Erhöhung der Sicherheit planen Sie weitere Schritte im Bereich des Asylwesens. Was dürfen wir uns noch erwarten?**

**Hermann:** *In den letzten Tagen wurde bekanntlich die Einigung über die „Reverstaatlichung“ des Asylwesens bekanntgegeben. So wird nicht nur die Rechtsberatung weg von den die Asylverfahren verzögernden NGOs an eine staatliche Bundesbetreuungsagentur wandern, sondern auch die Unterbringung von Asylwerbern in Bundesquartieren. Die FPÖ Steiermark wird deshalb als flankierende Maßnahme und, solange Landesasyllheime noch nicht miteinbezogen sind, die Schaffung einer Agentur in Form einer GmbH in Besitz des Landes fordern. Diese Agentur soll zukünftig die Betreuung aller sich in organisierten (Landes-) sowie in privaten Quartieren befindlichen Asylwerber übernehmen, um der Asylindustrie die Grundlage ihrer Einnahmen zu entziehen.*

**Wir Steirer: Wie stellten sich diese Einnahmen in den letzten Jahren konkret dar und wer waren die Profiteure?**

**Hermann:** *Der Steuerzahler musste in den Jahren 2014 bis 2017 insgesamt eine Viertelmilliarde Euro allein für das steirische Asylwesen aufbringen. Von diesem Geschäft mit dem Asyl haben auch parteinahe Organisationen und Asylanterhilfsvereine jahrelang überproportional profitiert. Die Landesagentur soll diese Geschäftemacherei beenden und in enger Abstimmung mit und unter Führung der Bundesagentur ihre Aufgaben wahrnehmen.*

**Wir Steirer: Sie würden das Asylwesen also grundsätzlich als Aufgabe des Staates definieren?**

**Hermann:** *Das Asylwesen ist eine Kernkompetenz des Staates und „hoheitliche Aufgabe“, die unter sozialistischer Führung an diverse Asylanterhilfsvereine ausgelagert wurde. Die Mittel aus dem Budget für Asyl und Migration dürfen nicht für die Mitwirkung von Privaten, Vereinen und NGOs am Asylverfahren und in der Grundversorgung aufgewendet werden. Diesem Gewinnstreben ist ein Riegel vorzuschieben. Vielmehr ist die Abwicklung sämtlicher Asylanliegenheiten in staatliche Hände zu legen, wodurch in letzter Konsequenz auch die Qualität der Betreuung steigen wird.*

**Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!**



Mag. Stefan Hermann, MBL  
Abgeordneter zum Landtag Steiermark und  
Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs

**Drogen-Dealer (18) flogen in Liezen auf**

Bei einer Kontrolle am Bahnhof von Liezen gingen der Polizei Dienstag gegen 20 Uhr zwei Afghanen (18) ins Netz, die fünf Deka Marihuana und einige hundert Euro bei sich hatten. Die Asylwerber, die in Liezen wohnen, gaben zu, dass sie seit September in Graz und Leoben regelmäßig Cannabis gekauft und damit im Raum Liezen gedealt hatten.

Asylwerbern unter den ausländischen Tatverdächtigen. Mit einer in der Hausordnung implementierten Aufenthaltsverpflichtung könnte man die nächtlichen Umtriebe massiv

eindämmen. Es ist nicht hinzunehmen, dass der Steuerzahler für die Unterkunft von Asylwerbern aufkommt, diese dann aber, anstatt sich an ihrem Schlafplatz aufzuhalten, durch die Straßen ziehen und für Unruhe sorgen. Die steirische ÖVP und SPÖ sind deshalb aufgefordert, dem Vorstoß der Bundesregierung umgehend zu folgen und auch in steirischen Asylquartieren eine Anwesenheitspflicht festzuschreiben.

# Bundesheer investiert in die Steiermark:

## Pandur-Panzer ausgeliefert – Budgetmittel für Hubschrauber freigegeben.

17 in Straß. Die Beschaffung wird bis Mitte 2020 abgeschlossen sein. Das Österreichische Bundesheer wird dann insgesamt über 110 Stück des Mannschaftstransportpanzers verfügen.

„Der Pandur ist ein bewährtes Fahrzeug der Infanterie, das unseren Soldaten im Einsatz, z.B. im Kosovo oder Afghanistan, Schutz in schwierigen Situationen bietet. Und mit dem neuen Stationierungskonzept können wir die gewonnenen Erfahrungen aus Einsatz und Ausbildung auf eine Brigade verbreitern“, zeigte sich der Verteidigungsminister beim Festakt anlässlich der Übergabe stolz auf diese ÖBH-Großinvestition.

### Wertschöpfung bleibt in Österreich

Der neue Mannschaftstransportpanzer wird von der Firma General Dynamics Land Systems - Steyr hergestellt; die Fertigung erfolgt in Wien-Simmering. Insgesamt sind über 170 heimische Unternehmen aus allen neun Bundesländern an der Produktion beteiligt. Die Gesamtinvestition des ÖBH bei dieser Beschaffung beträgt rund 108 Millionen Euro. „Beim Auftrag erzielt man rund 70 Prozent österreichische Wertschöpfung“ – auch darüber zeigte sich der Verteidigungsminister höchst erfreut.



Für die Steiermark hat das Jahr in Bezug auf Investitionen des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) sehr gut begonnen. Zum Jahreswechsel gab die Bundesregierung bekannt, dass die Mittelfreigabe für die Ersatzbeschaffung der alternden Alouette III Hubschrauberflotte aus dem Budgethaushalt nun endgültig mit dem Finanzminister fixiert ist.

### Budgetmittel für die Hubschrauber freigegeben

Neben zwölf leichteren Helikoptern wird das Bundesheer auch drei zusätzliche Sikorsky S-70i Black Hawk erhalten. Verteidigungsminister Kunasek verdeutlichte die Notwendigkeit der Mittelfreigabe: „Meine Vorgänger haben es zehn Jahre lang nicht geschafft, diese dringend notwendige Beschaffung umzusetzen – obwohl alle wussten, dass das Gerät schon ein halbes Jahrhundert alt ist.“ Wie die heurigen Einsätze bei der Schneekatastrophe zeigten, sind die Hubschrauber am Standort Aigen bei zivilen Hilfs- und Katastropheneinsätzen eine unersetzbare Größe.

### Straß wird zum Pandur-Kompetenzzentrum

Mitte Jänner konnte der Verteidigungsminister dann einen weiteren „Zulauf“ vermelden. Kunasek übergab die ersten fünf (von insgesamt 34) der neu angeschafften Pandur-Evolution-Radpanzer an das Jägerbataillon



# Bundesheer: Großeinsatz im heurigen „Jahrhundertwinter“!

Die Neuschneemengen, die in den ersten beiden Jännerwochen im gesamten nördlichen Alpenraum über Österreich niedergingen, machten diesen Winter zum „Jahrhundertereignis“. Unser Bundesheer leistete im Assistenzeinsatz „Schnee19“ 258 Flugstunden und 87.000 Arbeitsstunden in sechs Bundesländern!

## Österreicher können sich auf ihre Soldaten verlassen!

In Spitzenzeiten waren bis zu 1.700 Soldaten am Tag, davon 910 Grundwehrdiener, 20 Hubschrauber, 30 Pionierfahrzeuge (u.a. Baggerlader, Senkmuldenkipper, Radlader) und 40 Transport- und Groß-Kfz gleichzeitig eingesetzt. Die Soldaten, darunter auch Pioniereinheiten mit schwerem Gerät, unterstützten die zivilen Einsatzkräfte beim Freischneiden und Räumen von Straßen, beim Abschaufeln von Dächern, beim Wie-



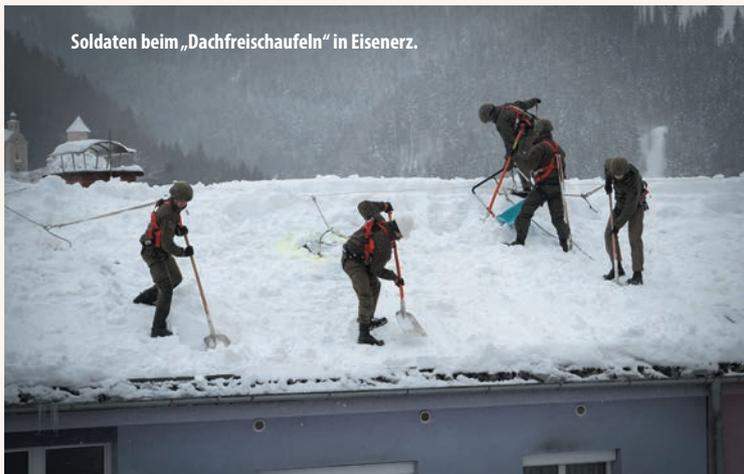
Verteidigungsminister Kunasek beim Schneelage-Bericht.

**Verteidigungsminister Kunasek:**  
**„Die Österreicher können stolz auf ihre Soldaten sein. Ohne die Grundwehrdiener wäre der Einsatz in dieser Form nicht möglich gewesen.“**

derherstellen von Fernmeldeverbindungen, bei Aufräumarbeiten und bei der Personensuche. Zur Unterstützung der Bevölkerung und der zivilen Einsatzorganisationen waren die Bundesheerhubschrauber insgesamt 258 Stunden in der Luft und führten dabei über 850 Starts und Landungen durch. 125 Lawinensprengungen wurden vom Hubschrauber aus eingeleitet. „Das hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig Hubschrauber bei einem solchen Einsatz sind und dass sich die Bevölkerung auf die Hilfe aus der Luft verlassen kann“, so Minister Kunasek.

## Sonderurlaub für die Helfer

Verteidigungsminister Kunasek bedankte sich für diese „großartige und unermüdliche Einsatzbereitschaft“ des Bundesheeres mit Sonderurlaub für Österreichs Soldaten.



Soldaten beim „Dachfreischaufeln“ in Eisenerz.



Die Alouette III hebt von Aigen zum Evakuierungsflug ab.

# Regierungsklausur: Türkis-Blau präsentierte „Netto-Offensive“

Vizekanzler Strache gab die Gangart bei der anstehenden Steuerreform vor: „Der rotweiß-rote Zukunftszug fährt konsequent weiter.“ Diese „große Steuerreform“, wie HC Strache ausdrücklich formulierte, soll eine „Netto-Offensive für die arbeitende Bevölkerung“ sein. Die ÖVP-FPÖ-Bundesregierung hat den Anspruch, die Abgabenquote auf unter 40 Prozent zu senken und die Schuldenquote der Republik auf unter 60 Prozent zu bringen, so Strache.



Bundesminister Mario Kunasek bei der Regierungsklausur.

**Die Koalition brachte bei ihrer Klausur zu Jahresbeginn ein 4,5 Milliarden Euro schweres Entlastungspaket auf Schiene.**

## Zur Nachahmung empfohlen

**A**ndere Bundesländer feiern die Feste wie sie fallen. Im großen Stil wurde in Salzburg im Jahr 2018 das 200-Jahr-Jubiläum des schönsten und bedeutendsten Weihnachtsliedes „Stille Nacht, heilige Nacht“ (Franz Xaver Gruber/Joseph Mohr) begangen. Nicht nur erinnerte eine Landesausstellung an die Entstehung dieses Friedensliedes nach den Napoleonischen Kriegen, sondern auch dutzende Wechsel- und Krippenausstellungen verliehen dem Jubiläum Nachhaltigkeit.

Das nächste Beispiel sichtbarer Kulturpolitik liefert das Bundesland Tirol: Zum Andenken an Kaiser Maximilian I. gibt es heuer nicht nur eine Lichtshow in der Hofburg in Innsbruck, in der der „letzte Ritter“, „Vater der Landsknechte“ und der „erste Kanonier seiner Artillerie“ gleichsam zum Leben erweckt wird. Mehr als drei Dutzend Veranstaltungen stärken das Landesbewusstsein und rücken die Leistungen des Habsburger Herrschers ins rechte Licht.

Solche Höhepunkte und Schwerpunktsetzungen vermisste man in der Kulturpolitik der Steiermark in den letzten Jahren. Hier scheint das Motto vorzuherrschen: Weiter mit der Gießkanne fördern und nur nicht auffallen.



Kaiser Maximilian I. (\* 1459, † 1519)

## Ehrung für Professor Reinhold Reimann

**E**ine hohe Auszeichnung wurde a.o. Univ.-Prof. i.R. Dr. Reinhold Reimann in der Wiener Hofburg verliehen. Im Zuge des Franz-Dinghofer-Symposiums erhielt er für seine wissenschaftlichen Verdienste als Anatom am 9. Jänner 2019 die Dinghofer-Medaille.

Die Laudatio hielt der III. Präsident des Landtages Steiermark Dr. Gerhard Kurzmann.



Dr. Gerhard Kurzmann und a.o. Univ.-Prof. i.R. Dr. Reinhold Reimann.

## „Bolschoi Don Kosaken“ in Graz



Die „Bolschoi Don Kosaken“ im Grazer Minoritensaal.

**I**m Minoritensaal fand das heurige Weihnachtskonzert der Don Kosaken statt. Am Programm des Konzerts des Chores, das von Mitgliedern des freiheitlichen Landtagsklubs

besucht wurde, standen russische Volkslieder, Kirchen- und Weihnachtslieder. Einer der zahlreichen Höhepunkte: Das Tanzensemble und Einlagen der „slawischen Tenöre“.

Offener Brief an  
Landeshauptmann  
Hermann Schützenhöfer:

## Freiheitliche fordern Neuaufgabe des steirischen Brauchtumskalenders

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann  
und Volkskulturreferent, lieber Hermann,

wie Dir sicherlich bekannt sein dürfte, jährt sich im Jahr 2019 zum 160. Male der Todestag unseres „steirischen Prinzen“ Erzherzog Johann. Seine herausragenden Leistungen für die Steiermark sind unbestritten und prägen die Grüne Mark bis in die Gegenwart. In die Landesgeschichte ging er vor allem als reformorientierter Visionär ein, der sich Innovationen nie verschloss.

Zu Ehren seines Lebenswerks wurde ihm bereits 2009 anlässlich seines 150. Todestages der damals noch jährlich seitens des Landes Steiermark aufgelegte Brauchtumskalender gewidmet.

In einer sich stetig verändernden Zeit, wo schnelllebige Modeerscheinungen und der Zeitgeist gesellschaftliche Strömungen prägen, ist es von elementarer Bedeutung, sich der Wurzeln unserer Heimat zu entsinnen sowie historische Persönlichkeiten, die wesentlich zur gedeihlichen Entwicklung des Landes beitragen, in einem öffentlichen Rahmen zu würdigen.

Bedauerlicherweise wurde der steirische Brauchtumskalender seitens der Landesregierung vor einigen Jahren eingestellt und nicht mehr aufgelegt. Gerade der 160. Todestag Erzherzog Johanns, der sinnbildlich für eine Steiermark steht, die Moderne mit Traditionen und Altbewährtem verbindet, wäre Anlass genug, die Neuaufgabe des Brauchtumskalenders zu initiieren, um



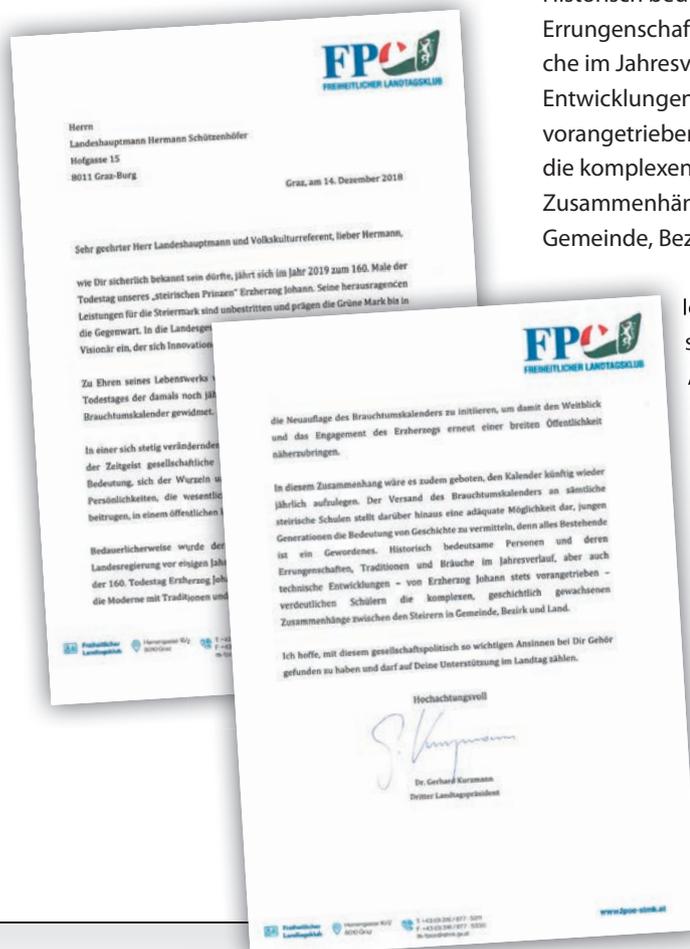
damit den Weitblick und das Engagement des Erzherzogs erneut einer breiten Öffentlichkeit näherzubringen.

In diesem Zusammenhang wäre es zudem geboten, den Kalender künftig wieder

jährlich aufzulegen. Der Versand des Brauchtumskalenders an sämtliche steirische Schulen stellt darüber hinaus eine adäquate Möglichkeit dar, jungen Generationen die Bedeutung von Geschichte zu vermitteln, denn alles Bestehende ist ein Gewordenes. Historisch bedeutsame Personen und deren Errungenschaften, Traditionen und Bräuche im Jahresverlauf, aber auch technische Entwicklungen – von Erzherzog Johann stets vorangetrieben – verdeutlichen Schülern die komplexen, geschichtlich gewachsenen Zusammenhänge zwischen den Steirern in Gemeinde, Bezirk und Land.

Ich hoffe, mit diesem gesellschaftspolitisch so wichtigen Ansinnen bei Dir Gehör gefunden zu haben und darf auf Deine Unterstützung im Landtag zählen.

**Dr. Gerhard Kurzmann**  
Dritter Landtagspräsident



## ZUM THEMA:



### FPÖ Steiermark mobilisiert weiter gegen EU-Maut!



Die steirischen Freiheitlichen setzen sich weiterhin vehement gegen das geplante kilometerabhängige Mautsystem ein.

Im September des letzten Jahres haben die steirischen Freiheitlichen eine Petition ins Leben gerufen, welche die Einführung der sogenannten EU-Maut verhindern soll. Dieses Vorhaben der EU-Kommission würde vor allem die heimischen Pendler treffen, da das geplante kilometerabhängige Mautsystem eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung bedeuten würde. Gerade in der ländlich geprägten Steiermark sind viele Menschen auf die tägliche Benützung der heimischen Autobahnen angewiesen.

Es ist daher wenig verwunderlich, dass sich bis jetzt zahlreiche Steirer mit ihrer Unterschrift gegen dieses Mautkonzept ausgesprochen haben, darunter auch der Bun-



desminister für Landesverteidigung Mario Kunasek sowie der Dritte Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann. Beide fühlen sich den Interessen der heimischen Pendler verpflichtet, weswegen sie sich klar gegen diese Brüsseler Belastungsmaßnahmen aussprechen und mit ihrer Unterschrift dem Bürgerprotest gegen das Mautkonzept eine Stimme verleihen. Demnächst werden die gesammelten Unterstützungserklärungen an das Europäische Parlament übermittelt. Für all jene, die sich dem Protest gegen die EU-Maut noch anschließen wollen, besteht weiterhin die Möglichkeit, auf der Homepage der FPÖ Steiermark die Petition „NEIN zu einem kilometerabhängigen EU-Mautsystem“ abzurufen und zu unterschreiben.

## ZUM THEMA:



### Freiheitliche fordern überalterten AKW Kr

Nur rund 70 Kilometer Luftlinie von der Landesgrenze entfernt befindet sich im slowenischen Krško ein bereits überaltertes und sich inmitten eines Erdbebengebiets befindliches Atomkraftwerk (AKW). Das daher nicht zu unterschätzende Sicherheitsrisiko für die steirische Bevölkerung nahmen die Freiheitlichen bereits 2011 zum Anlass, gegen eine Laufzeitverlängerung des AKW aufzutreten und forderten dessen schnellstmögliche Abschaltung. Wie nun bekannt wurde, treibt Slowenien jedoch die Erweiterung und eine Laufzeitverlängerung des AKW Krško bis 2043 mit allen Mitteln voran. Hierbei soll der Ausbau ohne UVP-Verfahren und ohne Einbindung der österreichischen Seite durchgeboxt werden. Für FPÖ-Umweltsprecher Nationalratsabgeordneten Walter Rauch ist die slowenische Vorgehensweise inakzeptabel und keineswegs hinzunehmen, da aufgrund der Nähe zur Grenze Österreichs ein Verfahren, in welchem Österreich eingebunden und angehört wird, eingeleitet werden muss.

Mehrere Expertenberichte beweisen zudem, dass kleinste Erschütterungen im Bereich des AKW bedrohliche Ausmaße erreichen könnten. Ein Zwischenfall würde nicht nur Österreich, sondern ganz Mitteleuropa unmittelbar betreffen. An den Beispielen Tschernobyl und Fukushima zeigte sich,

ZUM THEMA:



LT

Schließung des ško!

welche Katastrophe dies zur Folge haben könnte. Daher nimmt der Abgeordnete einerseits die EU in die Pflicht, derartige Projekte nicht einfach durchgehen zu lassen und einzuschreiten. Andererseits wird die slowenische Regierung aufgefordert, sich von den Ausbauplänen abzuwenden, die

Anlage stillzulegen und stattdessen den Weg der erneuerbaren Energie einzuschlagen.



FPÖ-Umweltsprecher NAbg. Walter Rauch kämpft seit Jahren gegen das überalterte Atomkraftwerk in Krško.



BÜRGERNÄHE

Start für „Freiheitliches Bürgerbüro vor Ort“!



NAbg. Andrea-Michaela Schartel, KO GR Mag. Armin Sippel sowie Bürgerbüroleiter Thomas Rath beim Bürgerstand in Graz.

Das Freiheitliche Bürgerbüro hat sich in den letzten Jahren als Anlaufstelle für Bürgeranliegen im Bereich Soziales und Verwaltungsabläufe aber auch bei politischen Anfragen etabliert.

Mit 11. Jänner dieses Jahres startete die Kampagne „Bürgerbüro vor Ort“. Am Grazer Hauptplatz konnten, unter tatkräftiger Unterstützung der Nationalratsabgeordneten Andrea-Michaela Schartel und dem Klubobmann im Grazer Gemeinderat Mag. Armin Sippel, zahlreiche Fragen aus allen Bereichen und Ebenen beantwortet

werden. Die Freiheitlichen zeichnete schon immer der direkte Kontakt zu den Bürgern aus, welcher mit dieser Kampagne intensiviert werden soll. Daher wird im Jahr 2019 jede Bezirkshauptstadt besucht, wo die Bevölkerung die Möglichkeit hat, das Bürgerbüro und die regionalen Abgeordneten kennenzulernen.



## Familienbonus Plus ab 2019

Pro Kind und Jahr, auf Eltern aufteilbar

Bruttogehalt pro Monat			
	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder
3.000 € und mehr	1.500 €	3.000 €	4.500 €
2.300 €	1.500 €	3.000 €	3.292 €
2.000 €	1.500 €	2.261 €	2.261 €
1.750 €	1.500 €	1.606 €	1.606 €
1.500 €	1.022 €	1.022 €	1.022 €
1.200 €	258 €	258 €	258 €

Alleinverdiener Mindestbeträge			
gehaltunabhängig	250 €	500 €	750 €

## Der „Familienbonus Plus“ im Detail

Der „Familienbonus Plus“ ist ein **Absetzbetrag**, der **bis zum 18. Lebensjahr** eines Kindes die Steuerlast um bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr reduziert. **Nach dem 18. Geburtstag** steht ein **reduzierter Familienbonus Plus** in Höhe von 500 Euro jährlich zu, sofern für das Kind Familienbeihilfe bezogen wird.

- Wirkt sich **ab dem ersten Steuereuro** aus. Voll ausgeschöpft werden kann dieser ab einem monatlichen Bruttoeinkommen von ca. 1.750 Euro (bei einem Kind).
- **Mindestentlastung von 250 Euro pro Kind und Jahr** (Kindermehrbetrag) für Alleinerzieher und Alleinverdiener, die weniger als 11 Monate Arbeitslosengeld/Mindestsicherung oder eine Leistung aus der Grundversorgung beziehen.
- **Inanspruchnahme** über die Lohnverrechnung 2019 (Arbeitgeber) oder über die Steuererklärung bzw. Arbeitnehmerveranlagung 2019 mit Auszahlung 2020.
- Steht in der gesetzlich vorgesehenen Höhe **Kindern im Inland** zu.
- Für **Kinder im EU/EWR-Raum sowie der Schweiz** wird der Absetzbetrag indexiert (erhöht oder vermindert) und damit an das Preisniveau des Wohnsitzstaates angepasst.
- Für **Kinder in Drittstaaten** gibt es keinen Familienbonus.
- Vom „Familienbonus Plus“ profitieren rund **950.000 Familien** und **1,6 Millionen Kinder** österreichweit, davon über 190.000 Kinder aus der Steiermark.
- Die **Gesamtentlastung** für österreichische Familien **beträgt 1,5 Milliarden Euro**.